



Whitepaper

Rechtssichere KI im Unternehmen

15 zentrale Leitfragen zur Governance generativer Systeme

Eine strukturierte juristische Einordnung zur aktuellen Rechtslage im europäischen Kontext.

Generative KI ist kein reines IT-Thema.

Sie betrifft Urheberrecht, Haftung, Vertragsgestaltung, Dokumentation und regulatorische Compliance.

Unternehmen im deutschsprachigen Raum stehen vor der Aufgabe, Innovationspotenziale zu nutzen und zugleich rechtliche Risiken kontrollierbar zu halten.

Die folgenden Leitfragen bieten eine systematische Orientierung für strategische Entscheidungen im Umgang mit generativen KI-Systemen.

Kurzfassung für Entscheider

- Rein KI-generierte Inhalte sind regelmäßig nicht urheberrechtlich geschützt.
- Schutzfähigkeit setzt nachweisbare menschliche Mitwirkung voraus.
- Trainingsdaten können urheberrechtlich relevant sein.
- Dokumentation ist im Streitfall entscheidend.
- Der EU AI Act erweitert Compliance-Pflichten deutlich.
- Rechtssichere KI-Nutzung erfordert institutionalisierte Governance-Strukturen.

I. Urheberrecht & Schutzfähigkeit

1. Wem gehören KI-generierte Inhalte?

Rein autonom erzeugte Inhalte ohne maßgebliche menschliche Steuerung sind nach geltendem EU-Recht regelmäßig nicht schutzfähig. Schutz entsteht nur bei nachweisbarer menschlicher geistiger Mitwirkung. Für Unternehmen bedeutet dies, dass die Dokumentation kreativer Einflussnahme entscheidend für die Absicherung von Nutzungs- und Verwertungsrechten sein kann.



2. Was ist der Unterschied zwischen KI-unterstützt und KI-generiert?

KI-unterstützte Werke beruhen auf wesentlicher menschlicher Steuerung; KI-generierte Inhalte entstehen weitgehend autonom. Diese Abgrenzung entscheidet über Schutzfähigkeit und Urheberschaft. In der Praxis ist sie maßgeblich für Vertragsgestaltung und Rechtezuordnung.

3. Wann liegt menschliche Originalität vor?

Menschliche Originalität besteht aus semantischen und syntaktischen Elementen, die Ausdruck individueller geistiger Entscheidungen sind. Automatisierung schließt Schutz nicht aus, sofern geistige Steuerung nachweisbar bleibt. Unternehmen sollten kreative Entscheidungsprozesse nachvollziehbar dokumentieren.

4. Sind Trainingsdaten urheberrechtlich relevant?

Ja. Trainingsdatensätze können geschützte Werke enthalten. Die Nutzung unterliegt urheberrechtlichen Vorgaben und möglichen Ausnahmeregelungen. Fehlende Transparenz über Datenquellen kann erhebliche Haftungsrisiken begründen.

II. Haftung & Prozessrisiken

5. Wann droht eine Urheberrechtsverletzung durch KI-Nutzung?

Eine Rechtsverletzung kann vorliegen, wenn geschützte Inhalte ohne Lizenz oder gesetzliche Ausnahme verwendet werden. Die rechtliche Bewertung hängt von Datengrundlage, Nutzungskontext und Dokumentation ab. Unternehmen sollten vor produktivem Einsatz eine Risikoanalyse durchführen.

6. Wie sollten KI-gestützte Prozesse dokumentiert werden?

Erforderlich ist die nachvollziehbare Dokumentation menschlicher Steuerung, Versionierung, Prompt-Entwicklung und Auswahlentscheidungen. Ziel ist Beweisfähigkeit im Streitfall. Dokumentationslücken erhöhen die prozessuale Angreifbarkeit erheblich.

7. Welche Rolle spielt Transparenz?

Transparenz ist Voraussetzung für Nachvollziehbarkeit, Haftungszuordnung und regulatorische Compliance. Sie betrifft Trainingsdaten, Systemfähigkeiten und Grenzen der Modelle. Mangelnde Transparenz erschwert behördliche und gerichtliche Bewertung.



8. Welche Risiken bestehen im Streitfall?

Rechtsstreitigkeiten konzentrieren sich zunehmend auf Dokumentationsdefizite und fehlende Governance-Strukturen. Technische Argumente allein genügen nicht. Entscheidend ist die institutionelle Absicherung von Verantwortlichkeiten.

III. EU AI Act & regulatorische Compliance

9. Welche Pflichten ergeben sich aus dem EU AI Act?

Je nach Risikoklassifizierung bestehen Dokumentations-, Transparenz- und Risikomanagementpflichten. Dies betrifft insbesondere General-Purpose- und Hochrisikosysteme. Unternehmen müssen interne Zuständigkeiten klar definieren.

10. Betrifft der AI Act nur Anbieter?

Nein. Auch deployende Unternehmen können Compliance-Verantwortung tragen. Die Rolle im Wertschöpfungsprozess bestimmt die Pflichtenlage. Vertragsbeziehungen sollten entsprechend angepasst werden.

11. Welche wirtschaftlichen Risiken entstehen bei Nicht-Compliance?

Neben Bußgeldern drohen Reputationsschäden, Vertragsrisiken und Marktzugangsprobleme. Nicht-Compliance kann Investitions- und Partnerschaftsentscheidungen negativ beeinflussen. Compliance wird zunehmend zum Wettbewerbsfaktor.

12. Ist technische Umsetzung ausreichend?

Nein. Der EU AI Act verlangt strukturierte Governance- und Aufsichtsmechanismen. Compliance ist organisatorisch zu verankern und regelmäßig zu überprüfen.

IV. Strategische Governance

13. Welche Governance-Strukturen sind erforderlich?

Rechtssichere KI-Implementierung erfordert institutionalisierte Zuständigkeiten, interne Richtlinien, Risikoklassifizierung und kontinuierliches Monitoring. Governance muss funktionsübergreifend angelegt sein. Einzelmaßnahmen sind nicht ausreichend.



14. Welche Rolle spielt Vertragsgestaltung?

Verträge müssen Haftungsfragen, Rechtezuordnung, Transparenzanforderungen und Risikoverteilung klar regeln. Standard-AGB genügen häufig nicht. Individuelle Risikoallokation schafft Planungssicherheit.

15. Warum ist internationale Harmonisierung relevant?

Transnationale KI-Systeme erfordern kohärente Rechtsgrundlagen. Fragmentierte Regelungen erhöhen Rechtsunsicherheit und Compliance-Kosten. Strategische Planung sollte daher grenzüberschreitende Entwicklungen berücksichtigen.

Fazit

Generative KI eröffnet wirtschaftliche Chancen, verschiebt jedoch zugleich rechtliche Risikostrukturen.

Rechtssicherheit entsteht nicht durch Technologie allein, sondern durch dokumentierte Governance, klare Verantwortlichkeiten und regulatorische Einbindung.

Unternehmen, die frühzeitig strukturierte KI-Governance etablieren, reduzieren Haftungsrisiken und stärken ihre Marktposition.

Strategische Konsequenz

Rechtsklarheit entsteht nicht durch Einzelmaßnahmen, sondern durch integrierte Governance-Strukturen, abgestimmte Vertragsgestaltung und belastbare Dokumentationssysteme.

Eine strukturierte Risikoanalyse und institutionalisierte KI-Governance sind daher Teil unternehmerischer Sorgfaltspflicht.

Weiterführende Einordnung

Die dargestellten Leitfragen zeigen, dass generative KI nicht isoliert als Technologieprojekt betrachtet werden kann.



Unternehmen, die KI strategisch einsetzen möchten, sollten frühzeitig prüfen:

- wie Schutzfähigkeit und Rechtezuordnung gesichert werden,
- welche regulatorischen Pflichten konkret greifen,
- und welche institutionellen Strukturen dauerhaft implementiert werden müssen.

Dr. Anja M. Neubauer berät Unternehmen im deutschsprachigen Raum zur Entwicklung belastbarer KI-Governance-Architekturen sowie zur rechtssicheren Implementierung generativer Systeme.